



Niederschrift

über die Sitzung
des Sozialausschusses
am 15.03.2017

Anwesend

- Vorsitz

Kurt Merkator

- Mitglieder

Ludwig Braun

Kerstin Bub

Nurhayat Canpolat in Vertretung für Alexandra Gill-Gers

Dr. Matthias Dietz-Lenssen

Waltraud Hingst

Ruth Jaensch

Johannes Klomann, MdL in Vertretung für Baris Baglan

Walter Konrad

Karsten Lange

Dr. Eckart Lensch

Kurt Mehler

Anette Odenweller

Uta Schmitt

Martin Schykowski

Claudia Siebner

Christian Viering

Ute Wellstein

Sissi Westrich

- beratende Mitglieder

Kerstin Diefenbach

Wolfgang Schnörr in Vertretung für Diana Rizkalla

Entschuldigt fehlen

Baris Baglan

Alexandra Gill-Gers

Klaus Hafner

Ann Kristin Pfeifer

Heinz-Werner Stumpf

Gaby Göbig-Fricke

Diana Rizkalla

Georg Steitz

Schriftführung

Monika Besch

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Vorstellung der Beratungsstelle "Liebelle"
2. Vorstellung der Bildungskordinatoren für Neuzugewanderte
3. mündlicher Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation
4. Krankenversorgung von Flüchtlingen
5. Qualifizierter Mietspiegel 2017
6. Gemeinsamer Änderungsantrag zu Antrag 1426/2016 "Armut erkennen und bekämpfen - Erstellung eines Armutsberichts" (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)
Vorlage: 1426/2016/1
7. Sachstandsbericht zu Antrag 1711/2012 CDU sowie Ergänzungsantrag 1711/2012/1 der ödp
8. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2016
9. Mitteilungen

Im Anschluss tagt der Sozialausschuss als Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien und Mainzer Stiftungen:

b) nicht öffentlich

10. Grundstücksangelegenheit;
11. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Merkator die Herren Dr. Matthias Dietz-Lenssen und Martin Schykowski als neue Mitglieder im Sozialausschuss.

öffentlich

Punkt 1 **Vorstellung der Beratungsstelle "Liebelle"**

Frau Hauschild ist Bereichsleiterin in der Gesellschaft für Teilhabe und Integration „in.betrieb“, der ehemaligen Werkstatt für Menschen mit Behinderungen. Sie gibt dem Ausschuss einen Zwischenbericht über das Projekt „Liebelle“, das seit 01.06.2015 von der Aktion Mensch für 3 Jahre gefördert wird.

Die Liebelle ist eine Beratungs-, Forschungs- und Bildungsstätte zum Thema Sexualität und geistige Behinderung. Seit Sommer 2015 bündeln sich in ihr die Kompetenzen und Erfahrungen von in.betrieb gGmbH, pro familia Ortsverband Mainz und Prof. Dr. Svenja Heck von der Hochschule in Darmstadt. Frau Hauschild stellt die Angebote und Zielgruppen sowie die aktuellen Entwicklungen vor. Nach der Präsentation beantwortet sie Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Merkator bedankt sich für die Ausführungen und ergänzt, dass über die Fortführung des Projektes in naher Zukunft im Aufsichtsrat diskutiert werden muss.

Wunschgemäß werden den Ausschussmitgliedern als Anlage zur Niederschrift weitere statistische Angaben nachgereicht.

Punkt 2 **Vorstellung der Bildungskoordinatoren für Neuzugewanderte**

Herr Merkator stellt die Bildungskoordinatoren für Neuzugewanderte vor, die seit 01.12.2016 ihren Dienst im Amt für soziale Leistungen angetreten haben. Die Teilnahme der Stadt Mainz an dem entsprechenden Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurde am 12.07.2016 vom Stadtrat beschlossen.

Frau Thut und Herr Mehlkopf berichten dem Sozialausschuss über ihre derzeitigen Tätigkeiten. Man hat damit begonnen, Abfragen bezüglich existierender Angebote bei den verschiedenen Trägern durchzuführen. Entsprechende Fragebogen sollen Ende März 2017 an ca. 550 Adressaten verschickt werden.

Ziel der Bildungskoordinatoren ist es, ein Informationsportal mit der Darstellung der verschiedenen Angebote einzurichten. Dieses Portal soll niedrigschwellig und für jeden zugänglich angelegt werden.

Punkt 3 **mündlicher Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation**

Herr Amtsleiter Hensel berichtet über die Fallzahlenentwicklung im Flüchtlingsbereich in den letzten Wochen. Zuletzt hat sich das Niveau auf einstellige Zuweisungszahlen pro Woche verfestigt. Die vorhandenen 11 Gemeinschaftsunterkünfte sind zu 90% ausgelastet. Damit sind 1.900 von 2.034 Plätzen belegt. Ab 15.04.2017 kommen mit dem Allianzhaus weitere 292 Plätze hinzu. Die Notunterkunft Peter-Jordan-Schule wurde im Februar geräumt. Das Portland-Casino ist derzeit nicht belegt und befindet sich in einem Stand-by-Modus.

Die Auszugsquote ist gleichbleibend hoch. Durchschnittlich ergeben sich 7 freiwerdende Plätze pro Woche. Es müssen weiterhin für Familiennachzug zusätzliche Kapazitäten bereit gehalten werden – konkrete Bedarfe sind in diesem Bereich allerdings nur schwer prognostizierbar.

Aufgrund neuer Konfliktpotenziale in Krisenregionen ist davon auszugehen, dass auch weiterhin ein Bedarf für Plätze in Unterkünften besteht. Die Stadt orientiert sich an den Planungen des Landes, das einen Puffer vorhält.

Fast drei Viertel der Flüchtlinge in Mainz haben mittlerweile einen anerkannten Status und beziehen damit Leistungen vom Jobcenter. Im Jahr 2016 gab es 67 Abschiebungen und 129 freiwillige Rückreisen. In 2017 gab es bisher 9 Abschiebungen und 1 freiwillige Rückreise.

Punkt 4 **Krankenversorgung von Flüchtlingen**

Mit Beschluss des Stadtrates am 23.11.2016 wurde die Verwaltung beauftragt mit der IKK Südwest Verhandlungen zur Umsetzung der Leistungserbringung nach § 264 Abs. 1 SGB I zu führen. Ziel sollte der Beitritt zur Rahmenvereinbarungsversorgung für nicht Versicherungspflichtige zur Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für in Mainz lebende AsylbewerberInnen ab dem 01.04.2017 sein.

Die Umsetzbarkeit war unter der Prämisse der Kostenneutralität zu prüfen. Dazu war eine Betrachtung der erforderlichen Personalaufwendungen nach altem und neuem Verfahren, die Ermittlung der sich aus der Rahmenvereinbarung ergebenden Verwaltungs- und Sachkostenerstattung an die IKK sowie die Berücksichtigung der sich ergebenden Krankenhilfekosten notwendig. Herr Amtsleiter Hensel erläutert den Ausschussmitgliedern die entsprechenden Prozesse und Berechnungen. Bei der Gegenüberstellung von Synergien und Kosten ergibt sich eine mögliche Kostenersparnis. Die geforderte kostenneutrale Umsetzung kann damit prognostiziert werden.

Eine entsprechende Beschlussvorlage zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte zum 01.07.2017 ist für den Stadtrat am 29.03.2017 vorgesehen. Die Beschlussvorlage erhält der Sozialausschuss am 07.06.2017 zur Kenntnis. Die Auswirkungen sollen nach einem Jahr geprüft werden.

Punkt 5 **Qualifizierter Mietspiegel 2017**
Vorlage: 0259/2017

Der Sozialausschuss fasst folgenden Beschluss einstimmig:

Der Stadtrat nimmt den neuen Mietspiegel zur Kenntnis und beschließt ihn gemäß § 558 d BGB als "Qualifizierter Mietspiegel Mainz 2017".

Punkt 6 **Gemeinsamer Änderungsantrag zu Antrag 1426/2016 "Armut erkennen und bekämpfen - Erstellung eines Armutsberichts" (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP) Vorlage: 1426/2016/1**
Vorlage: 0262/2017

Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis von der genannten Vorlage und folgendem Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat und die städtischen Gremien nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Der Antrag ist hiermit erledigt.

Punkt 7 **Sachstandsbericht zu Antrag 1711/2012 CDU sowie Ergänzungsantrag 1711/2012/1 der ödp**
hier: Konzeption für eine Wohnraumversorgung
Vorlage: 0081/2017

Herr Merkator und Herr Bördner beantworten Fragen der Ausschussmitglieder und weisen darauf hin, dass eine Fortschreibung des Konzeptes beabsichtigt ist, welches den Gremien sodann erneut vorgestellt wird.

Aufgrund verschiedener noch nicht abschließend gekläarter Themen bittet Frau Siebner für die CDU-Fraktion darum, die Anträge nicht als erledigt zu erklären. Sie wünscht eine Wiedervorlage in 2 Jahren.

Im Übrigen nimmt der Sozialausschuss von der Antwort der Verwaltung Kenntnis.

Punkt 8 **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2016**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2016 wird ohne Einwände zur Kenntnis genommen.

Punkt 9 Mitteilungen

Herr Merkator weist auf den Termintausch der Sitzungen von Jugendhilfe- und Sozialausschuss im Juni 2017 hin.

Im Vorfeld der Sitzung wurde das Arbeitspapier „Gewaltschutz für geflüchtete Frauen und Kinder in Mainz“ verteilt. Herausgeber ist das Frauenbüro der Stadt Mainz.

Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

gez.

.....
Kurt Merkator
Beigeordneter

gez.

.....
Monika Besch
Schriftführung